

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/77

Bonn, den 23. April 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 4	<u>Es gibt kein Patentrezept</u>	190

Zur bevorstehenden Deutschlanddebatte im Bundestag

Von Dr. Günter Wetzel,
Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen

5	<u>Schwarz-Weiß-Malerei nicht angebracht</u>	51
---	--	----

Zum Bürgerkrieg in Nigeria
Von Alwin Brück, MdB

6 - 7	<u>Griechische Volkslieder an der Grenze von Oberschlesien</u>	78
-------	--	----

Nationale Minderheiten und Volksgruppen in der CSSR
Von Igor Valentin, Prag

Es gibt kein Patentrezept

Zur bevorstehenden Deutschlanddebatte im Bundestag

Von Dr. Günter Wetzel, Staatssekretär

Niemand von uns weiß, wann es zu einer Wiedervereinigung kommen wird. Vielleicht ist sie ein politisches Fernziel. Aber wir werden so manchem Kurzatmigen, der gern aufgeben möchte - und zwar aus Bequemlichkeit aufgeben möchte - deutlich machen müssen, daß wir das Ziel nicht aus den Augen verlieren werden.

Es gibt kein Patentrezept für die Deutschlandpolitik - auch nicht für ihre Etappen. Wer das glaubt, der verkennt - um es mit Bundesminister Herbert Wehner auszudrücken - die Härte des Geländes, in dem, auf dem und durch das hindurch diese Politik gemacht werden muß. Standfestigkeit, Beharrlichkeit und der Wille, durch eine Politik des Friedens Gräben zu überwinden und nicht zu vertiefen, können uns auf die Dauer weiterbringen.

Die Sowjetunion hat ihre Auffassung zur Deutschlandfrage drastisch unterstrichen, nämlich durch die Betonung der Eigenschaft des von ihr kontrollierten Teils Deutschlands als Glied der Gemeinschaft sozialistischer Länder oder wie Gromyko vor der UN-Vollversammlung Anfang Oktober euphemistisch sagte - als Teil des "Commonwealth der sozialistischen Länder". Der andere Teil Deutschlands unterliegt damit denselben Gewalten, die wir in unserem südöstlichen Nachbarland CSSR angewandt sehen. Die Führung der SED ist eifriger Vorkämpfer dieser Theorie. Für sie ist das gar nichts Neues. Im Parteiprogramm der SED vom Jahre 1963 finden wir die Abhängigkeit von der KPdSU ausgesprochen, und in der neuen DDR-Verfassung wird in Artikel 6 die Bindung an die Sowjetunion sogar zum Verfassungsgrundsatz erhoben.

Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung ist darauf gerichtet, eine Entwicklung zu unterstützen, die zu einer Aussöhnung des zerrissenen Europa führt. Nur ein nicht in starre Blöcke aufgeteiltes Europa kann für unser berechtigtes nationales Anliegen Interesse zeigen und im Rahmen einer europäischen Friedensordnung einer alle Seiten befriedigenden Lösung zustimmen. Dann: Wir können die Wiedervereinigung Deutschlands weder in einem nationalen Solo noch gegen den Willen unserer Nachbarn in West und Ost erreichen.

Auf der Suche nach geregelterm Miteinander

Solange die Lösung der deutschen Frage in einem Friedensvertrag nicht möglich ist, kommt es darauf an, einen Modus des Nebeneinanders und Miteinanders mit der DDR zu finden, einen Modus, durch den beide Teile Deutschlands das Leben im geteilten Deutschland für seine Bewohner erträglicher gestalten.

In der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 brachte die Bundesregierung ihre Bereitschaft zum Ausdruck, die menschlichen, wirtschaftlichen und geistigen Beziehungen zu unseren Landsleuten im an-

deren Teil Deutschlands mit allen Kräften zu fördern. Im Sinne dieser Politik machte die Bundesregierung am 12. April 1967 der Regierung in Ost-Berlin anhand eines Kataloges von 16 konkreten Gesprächsthemen den Vorschlag, in Verhandlungen einzutreten über

- * Maßnahmen zur Erleichterung des täglichen Lebens für die Menschen in beiden Teilen Deutschlands,
- * Maßnahmen zur verstärkten wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Zusammenarbeit und
- * über Rahmenvereinbarungen für den wissenschaftlich-technischen und kulturellen Austausch.

Die Verantwortlichen im anderen Teil Deutschlands sperren sich bis heute unseren sachlichen Verhandlungsangeboten. Statt in diese Verhandlungen einzutreten, geben sie vor, es müsse erst dieses und jenes geschehen oder anerkannt werden. Sie verlangen u.a. die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und die Anerkennung Berlins als - wie sie es ausdrücken - "selbständige politische Einheit Westberlin".

Die ganze Anerkennungsdebatte, die daraufhin in der Bundesrepublik in Gang gekommen ist, geht am Kern der Deutschlandpolitik vorbei. Das Gegeneinander der Schlagworte Anerkennung und Nichtanerkennung bringt keine Lösung. Es kommt ausschließlich darauf an, durch Verhandlungen zur Lösung von Problemen und zur Minderung der Spannungen zu kommen.

Hier ist eine Begriffserklärung nötig!

- * 1.) Manche sagen, die Realitäten müssen anerkannt werden und verwechseln die völkerrechtliche Nichtanerkennung der DDR mit einem Leugnen ihrer Existenz. Die Existenz der DDR ist eine Realität, von der die Deutschlandpolitik der Bundesregierung ausgeht. Die Bundesregierung will ihre auf Entspannung gerichtete Deutschland- und Ostpolitik nicht um die DDR herum, sondern gerade durch Verhandlungen und Vereinbarungen mit der DDR betreiben. Es wäre wirklichkeitsfremd, die staatliche Existenz des anderen Teils Deutschlands leugnen zu wollen. Daß diese staatliche Existenz auch von der Bundesregierung zur Kenntnis genommen wird, ergibt sich schon daraus, daß der Bundeskanzler mit dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR in dessen amtlicher Eigenschaft korrespondiert hat.
- * 2.) Die "Anerkennungsfrage" hat nichts mit der Frage der Gleichberechtigung zu tun. Bei ihren der DDR unterbreiteten Verhandlungsangeboten geht die Bundesregierung von der Gleichberechtigung beider Teile Deutschlands aus. Künftige Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR sind nach der erklärten Absicht der Bundesregierung gleichberechtigte Verhandlungen. Das ergibt sich schon aus dem Begriff "Verhandlungen", anderenfalls würde es sich um ein Diktat handeln.
- * 3.) Die völkerrechtliche Anerkennung der DDR würde beide Teile Deutschlands zueinander zum Ausland machen. Sie würde die Spaltung Deutschlands völkerrechtlich sanktionieren und die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges aus ihrer Verantwortung für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands entlassen. Die Bundesrepublik ist für die DDR und die DDR für die Bundesrepublik kein Aus-

- * land. Dabei soll es bleiben und damit wird nicht die Existenz und
- * nicht die Gleichberechtigung der DDR in Verhandlungen mit der
- * Bundesrepublik in Abrede gestellt.

Ziel und Zweck der Anerkennungsforderung

Die SED-Führung will diese völkerrechtliche Anerkennung erreichen und nichts anderes. Andere sprachliche Formeln, die sie hin und wieder auch gebraucht, dienen nur der Verwirrung. Die Formulierung "Anerkennung zweier Staaten deutscher Nation" ist nur eine Verkleisterung dessen, was gewollt ist.

Jeder, der sich von einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR die Lösung von Problemen verspricht, ist gut beraten, sich Ziel und Zweck der Anerkennungsforderung vor Augen zu führen. Hierfür stehen ihm viele Äußerungen der SED-Führung, die keineswegs nur Propaganda sind, zur Verfügung.

- * 1.) Die Anerkennungsforderung der DDR erfüllt zunächst eine
- * Alibifunktion. Sie ist Alibi dafür, daß sich die SED noch immer
- * der innerdeutschen Verständigungspolitik der Bundesregierung
- * sperrt.
- * 2.) Der weitergehende Zweck der Anerkennungsforderung der SED ist
- * es, eine juristische Plattform für die Entwicklung und weitere
- * Ausgestaltung ihrer gegen die Bundesrepublik gerichteten aggress-
- * siven Politik zu errichten. Die gegenwärtige Politik der SED ist
- * eine Politik, die die gesamteuropäische Entspannung verhindern
- * will. Sie ist zunächst eine Isolierungspolitik, eine Politik
- * der Sichtblenden zur Konsolidierung ihres Systems. Sie ist zwei-
- * tens eine Blockpolitik getreu der Breschnew-Doktrin, und sie ist
- * schließlich als Fernziel eine Politik, die auf die gesellschaft-
- * liche Umwälzung Westdeutschlands nach dem Modell der DDR zielt.

Die gegenwärtige SED-Politik ist hinsichtlich Berlins eine Politik der Veränderung des status quo. Die SED behauptet, Berlin liege auf dem Territorium der DDR; West-Berlin gehöre rechtlich zur DDR, sei aber zur Zeit noch als "selbständige politische Einheit" einem Besatzungsregime unterworfen; die in der DDR "durchgeführten" Potsdamer Beschlüsse müßten in West-Berlin noch ausgeführt werden. Die Anerkennungsforderung versteht die SED als entscheidenden Schritt zur Isolierung West-Berlins von der Bundesrepublik. Nach einer Anerkennung würde die DDR originäre Transitrechte nicht anerkennen und vertragliche nur gewähren nach einer Lösung der Bindungen Berlins an die Bundesrepublik. Die völkerrechtliche Anerkennung würde die Anerkennung Ost-Berlins als Hauptstadt der DDR einschließen und dem Vorschub leisten, was der Kommentator Sacharow von Radio Moskau so ausdrückt: "Die beste Lösung wäre die Einverleibung West-Berlins in die DDR". Es ist daher eine Illusion, zu glauben, von der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR sei eine Beruhigung und eine Normalisierung auch der Verhältnisse in der geteilten Stadt zu erwarten.

Niemand ist berechtigt, durch die leichtfertige Vergabe von Rechtsmitteln die Freiheit der Menschen in dieser Stadt zu gefährden. Berlin

ist das zentrale Problem deutscher Politik. An dieser Stadt zeigt es sich, daß die deutsche Frage gelöst werden muß. Versagen in und um Berlin würde für die Deutschen und die Westmächte bedeuten, daß wir und sie vor der Geschichte versagt hätten.

Schindluder mit Worten

In der Diskussion um die Anerkennung der DDR wird der Bundesregierung auch vorgeworfen, sie erhebe den Anspruch auf Alleinvertretung oder - wie es in der SED-Sprache heißt - die "Alleinvertretungsmaßnahme". Das ist ein Schindluder mit Worten. Die Bundesregierung nimmt keine administrativen Kompetenzen in Anspruch, die über den Geltungsbereich des Grundgesetzes hinausgehen. Sie hat auch nie behauptet, daß von ihr geschlossene internationale Verträge für das Gebiet der DDR gelten. Nur dies ist richtig, daß es Aufgabe der Bundesregierung als der frei gewählten deutschen Regierung ist, sich stets in ihren Entscheidungen von den Interessen der gesamten Nation leiten zu lassen. Der Weltöffentlichkeit hat sie zu sagen, daß die SED kein Mandat hat, unser Volk gegen seinen Willen auseinanderzureißen. Diese Auffassung von der gesamt-nationalen Verantwortung der Bundesrepublik hat nichts, aber auch gar nichts mit einer Bevormundung der Menschen im anderen Teil Deutschlands zu tun. Die gesamt-nationale Verantwortung der Bundesregierung stützt sich auf die Tatsache, daß sich die überwiegende Mehrheit der Deutschen als ein Volk und eine Nation versteht. Das ist für uns eine Realität, die Anerkennung fordert.

Wir wollen unseren Teil zu einer Verständigung beitragen. Beide Teile Deutschlands müssen ihren Beitrag zur Entspannung in Europa leisten. Wenn der Budepester Appell vom 17. März zur Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz glaubhaft sein soll - und er muß unter Einschluß der Vereinigten Staaten auf seine Wirksamkeit geprüft werden - dann muß die SED-Führung die Konfrontation beenden. Die Verschärfung der vergleichsweise mildereren Formulierungen des Appells durch Ulbricht vor der nationalen Front schon fünf Tage später und in dem Abschlußkommuniqué nach dem Besuch der polnischen Partei- und Regierungsdelegation läßt diesen Willen noch nicht erkennen.

Die Bundesregierung bietet dem Ministerrat der DDR an, ohne Vorbedingungen und ohne Diskriminierung auf der Basis der Gleichberechtigung über die von ihr als notwendig erachteten Regelungen, aber auch über andere Fragen zu verhandeln und Vereinbarungen zu treffen, die dem Interesse an einer Sicherung des beiderseitigen Vorteils entsprechen.

Wir verlangen - wie es der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Herbert Wehner, gesagt hat - von der anderen Seite keine Unterwerfung unter Forderungen, bevor es überhaupt zu Verhandlungen kommt, wie umgekehrt von uns nicht verlangt werden kann, nur in vorgestanzten Formen an den Verhandlungstisch zu kommen.

Unser Angebot steht - nicht erst seit heute. Die SED-Führung ist am Zuge, auf das Verhandlungsangebot im Interesse der europäischen Entspannung einzugehen.

Schwarz-Weiß-Malerei nicht angebracht

Zum Bürgerkrieg in Nigeria

Von Alwin Brück, MdB

Die Kirchen und das Rote Kreuz haben im nigerianischen Bürgerkrieg ein großartiges Werk vollbracht. Noch im vergangenen Sommer und Herbst starben die Menschen auf beiden Seiten der Front in großer Zahl den Hungertod. Jetzt ist die schlimmste Not gebannt. Zu dieser Feststellung kam eine Gruppe von fünf Bundestagsabgeordneten, die sich im Auftrag des beim Auswärtigen Ausschuss gebildeten Unterausschusses für humanitäre Hilfe in Afrika in Nigeria und in der abgefallenen Ostregion Biafra über die Auswirkungen der deutschen Hilfe für die bedrohten Menschen informierte. Die Hilfe aber muß fortgesetzt werden, wenn nicht erneut die ernste Situation des vergangenen Sommers wiederkehren soll.

Die Bundesrepublik stand und steht in vorderster Reihe unter den Ländern, die humanitäre Hilfe für die Opfer des Bürgerkrieges in Nigeria leisten. Das wird auch überall anerkannt. Es ist nur zu hoffen, daß die Spendenfreudigkeit in Deutschland auch dann nicht nachläßt, wenn keine Berichte mehr über sterbende Menschen veröffentlicht werden, wenn die Zahl der unter- und fehlernährten Kinder geringer geworden ist und ihre Bilder in den Zeitungen und auf Plakaten nicht mehr so mahnen. Die Not wird wiederkommen, wenn die Hilfe geringer wird.

Natürlich sind Lebensmittellieferungen in die Kriegsgebiete keine Lösung auf Dauer. Die Menschen dort brauchen Frieden. Dann können sie wieder für sich selbst sorgen. Den Weg zum Frieden zu finden, ist nicht einfach. Er wird auch nicht gefunden durch einseitige politische Stellungnahmen, wie wir sie leider in den vergangenen Monaten in Deutschland und auch sonstwo in Europa immer wieder erlebt haben. Auch im nigerianischen Bürgerkrieg kann man die Probleme nicht einfach schwarz-weiß sehen. Dafür sind sie zu vielschichtig. Die Bundesregierung hat daher gut daran getan, als sie sich sofort bereit erklärte, neben den zahlreichen Spenden, die die Bürger unseres Landes abbrachten, den Kirchen und dem Roten Kreuz bei dieser humanitären Aktion durch die Bereitstellung von inzwischen doch recht beträchtlichen Mitteln zu helfen, sich aber nie politisch in den Konflikt einzumischen. Dieser Konflikt kann nur von den Afrikanern selbst gelöst werden.

Noch bahnt sich im nigerianischen Bürgerkrieg keine Lösung an. Die Ibos in Biafra leben in der ständigen Furcht, daß sich dann, wenn sie wieder in die Föderation zurückkehren, die Progrome gegen sie wiederholen können, die vor allem 1966 im Norden stattgefunden haben. Ob diese Furcht begründet ist, ist nur sehr schwer zu sagen. Für die Ibos, die jetzt in den von den Truppen der Föderation kontrollierten Gebieten leben, besteht keine Gefahr für Leib und Leben. Nicht zu verkennen ist jedoch, daß es in Nigeria eine Art Anti-Iboismus gibt, den man mit dem Anti-Semitismus sonstwo vielleicht vergleichen kann. Die Ibos haben den höheren Bildungsstand und besaßen in Wirtschaft und Politik Nigerias daher viele Schlüsselpositionen.

Eine mögliche Lösung des Konfliktes müßte daher auch dem Sicherheitsbedürfnis der Ibos Rechnung tragen. Vielleicht ist der Vorschlag der nigerianischen Bundesregierung, eine eigene Ibo-Polizei zu bilden und eine internationale Schutztruppe in den von den Ibos bewohnten Gebieten zu stationieren, hier recht brauchbar. Er aber wird von Biafra bis jetzt noch nicht akzeptiert.

Griechische Volkslieder an der Grenze von Oberschlesien

Nationale Minderheiten und Volksgruppen in der CSSR

Von Igor Valentin, Prag

Das neue Nationalitätengesetz der CSSR hat zu einer Bestandsaufnahme darüber geführt, welche nationalen Minderheiten und sonstigen Volksgruppen sich neben der Tschechen und Slowaken in den beiden Bundesländern CSR und SSR befinden und welche davon nach dem genannten Gesetz vor allem in der Nationalen Front vertreten sind und ihre ihnen zustehenden Rechte erhalten müssen. Bei dieser Bestandsaufnahme kam es in der CSR (Böhmen und Mähren/Schlesien) zu einer Reihe von Feststellungen, die für die Öffentlichkeit schon deshalb überraschend sind, weil sie mit derartigen Fragen seit vielen Jahren nicht mehr konfrontiert wurde.

Emigranten aus Griechenland

So leben in der alten Stadt Jägerndorf, an der Grenze gegen Oberschlesien, die soeben ihre 700-Jahr-Feier begeht, sowie in ihrer Umgebung 3.000 Griechen. Sie sind zusammengeschlossen im "Verein der politischen Emigranten aus Griechenland in der CSSR" und in den Nachkriegsjahren dort angesiedelt worden. Ihre beiden Orchester und Chöre (für Jugendliche und Erwachsene) spielen und singen griechische Volkslieder und haben bei ihren Veranstaltungen starken Zuspruch bei der übrigen Bevölkerung, die aus den restlichen Deutschen, aus Tschechen und Slowaken, aus Zigeunern, Bulgaren und anderen besteht. Vier griechische Lehrer sorgen dafür, daß die Kinder außerhalb ihres tschechischen Schulunterrichts Griechisch in Wort und Schrift und griechische Geographie beherrschen. Eine Gruppe von Kindern lernt Mazedonisch. Der Zusammenhalt der Griechen wird als vorbildlich bezeichnet.

Wo leben noch Deutsche?

Ob es in der heutigen CSSR rund 150 000 Deutsche und wieviele es davon in der CSR gibt, läßt sich auch auf Grund der offiziellen Zahlen nicht verlässlich ermitteln. Bei der letzten Volkszählung gab es in den innerböhmischen und innermährischen Bezirken vielfach nicht die Möglichkeit, sich als Deutscher zu bekennen, weil dieses Bekenntnis nicht zur Kenntnis genommen wurde. Auch in der Slowakei sind alte deutsche Volksgruppen vorhanden, die in abgelegenen Karpatentälern ein Sonderdasein führen. Sie werden z.B. im Gebiet von Bartfeld (Bardejov) in der Ostslowakei als Montaky-Bergbewohner und nicht als Deutsche bezeichnet. In der CSR wohnen die meisten Deutschen in den Kreisen Westböhmen, Nordböhmen und Nordmähren. Aus dem Kreis Südböhmen wurde jetzt berichtet, daß in den Böhmerwaldbezirken Budweis und Prachatitz noch viele Deutsche auf Staatsgütern tätig sind und

daß sich ihr Zentrum in Eleonorenhain befindet, wo es deutsche Facharbeiter in der Glashütte gibt. Dort bestand auch früher eine Deutsche Kulturgruppe.

Wie steht es mit den Zigeunern?

Im Nationalitätengesetz werden die Zigeuner nicht erwähnt, obwohl ihre Zahl in der CSSR mit rund 300.000 angenommen werden muß. In der CSR melden sie sich jetzt energisch zu Wort. In Prag und in Aussig haben bereits Delegiertenversammlungen stattgefunden; es wurden Kreisausschüsse gewählt, die einen "Verband der Zigeuner" gründen sollen. Ähnliche Bestrebungen sind in Brünn im Gange. In Prag vertraten die Delegierten 3.000 Zigeuner. Aus den Bezirken Kladno, Jung-Bunzlau, Nymburg und Kolin waren Delegierte von weiteren 6.600 Zigeuner anwesend. In Aussig wurde festgestellt, daß im Kreis Nordböhmen 20.000 Zigeuner leben und daß in den letzten Monaten ein starker Zustrom von Zigeunerfamilien aus der Slowakei und aus anderen Gebieten der CSR anhält, weil dieser Kreis dauernd Arbeitskräfte benötigt. Viele Zigeuner leben in den Gebieten von Teplitz, Brück und Oberleutensdorf. In Aussig entstand die erste Internatsschule für Zigeunerkiner, in Nordböhmen gibt es 25 Sonderklassen für die Erziehung von Zigeunerkindern. Ob die Zigeuner als besondere nationale Minderheit anerkannt werden, dürfte wesentlich davon abhängen, ob sich die Regierungen der CSR und der SSR auf einen gemeinsamen Standpunkt einigen können.

Bis zu 17 Nationalitäten in einem Kreis

Zur großen Überraschung der tschechischen Öffentlichkeit hat die Bestandsaufnahme ergeben, daß im Kreis Nordböhmen Vertreter von 17 Nationalitäten festgestellt wurden, darunter auch Ukrainer aus der Ostslowakei und Ungarn. Im Kreis Westböhmen leben rund 20.000 Slowaken, die sich jetzt national zu organisieren beginnen. Ein national besonders gemischtes Gebiet ist der Ostteil des Kreises Nordmähren mit dem Industriegebiet von Ostrau-Karwin. Die Mehrheit der Bevölkerung besteht zwar aus Tschechen, doch leben hier auch viele Deutsche, Slowaken, Ungarn, Zigeuner, Ukrainer. Die größte Minderheitengruppe bilden die Polen. Allein im Gebiet von Ostrau, Friedek-Mistek und Karwin leben über 61.000 Polen, sie wohnen, so auch im Gebiet von Tschechisch-Teschen, in geschlossenen Ortschaften. Von den 91 Gemeinden im Bezirk Friedek-Mistek sind 27 doppelsprachig (tschechisch-polnisch), von den 28 Gemeinden des Bezirkes Karwin 18 Trauungen werden auf Wunsch der Ehepaare in polnischer Sprache abgehalten, für die polnischen Kinder gibt es polnische Schulen.